

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

ohne ständige Innovation kein gesicherter Wohlstand, kein effektiver Einsatz von – auch natürlichen – Ressourcen und keine Nachhaltigkeit. Innovation aber ist kein zeitgenössisches, vom Himmel gefallenes Modewort, sondern ständige Herausforderung jeder, besonders unserer heutigen Zivilisation. Es ist dabei wie beim Computer zuhause: Führt man regelmäßig alle Updates durch, hat man keinen Stress, andernfalls kann das scheinbar völlig selbstständig funktionierende System eines Tages schlagartig in sich zusammenbrechen und sogar unsere Arbeitsgrundlage, die Festplatte, in schwere Mitleidenschaft ziehen.

Sachsens schwarz-gelbe Energiepolitik verzichtet nicht nur auf alle Updates, sondern will sogar einige – unter dem Druck der Energiewende durchgeführte – wieder zurücknehmen: So soll der Erzeugung von Energie aus Wind und Sonne das Leben schwer gemacht, der langfristigen Energieerzeugung aus Braunkohle der Weg der Abaggerung ganzer Dörfer erleichtert werden.

Noch ist die Speichertechnologie bei erneuerbaren Energien nicht so weit, dass wir ganz auf Kohle und Gas als Energieträger verzichten können. Also müssen wir hier den Druck Richtung Innovationen erhöhen, indem wir die langfristige Nutzung der – ohnehin begrenzten und extrem umweltbelastenden – fossilen Energien schrittweise verunmöglichen. Unsere Aktuelle Landtags-Debatte zu den Braunkohleplänen hat klargemacht, dass Innovation in Sachsen den Wechsel von Schwarz zu Rot braucht!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Staatsregierung muss Vattenfall stoppen



© Sabine Kunze

Wie wichtig der Linksfraktion das Energiekonzept des Freistaates ist, lässt sich auch daran ablesen, dass sie die rückwärtsgewandten Braunkohlepläne der Staatsregierung an einem Plenartag im Oktober zum Thema der Aktuellen Debatte machte und mit einem separaten Antrag zur Sprache brachte. Nachdem der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien dem Antrag Vattenfalls mehrheitlich zugestimmt hatte, unter dem Siedlungsgebiet der Sorben weitere 300 Mio. Tonnen Braunkohle auszugraben, ist es für die Gegner des antiquierten Verheizens fossiler Ressourcen noch schwerer geworden, die geplante Landnahme zu verhindern. „Statt über das Ob, wurde faktisch nur über das Wie geredet. In der Oberlausitz scheint die Energiewende zur Farce zu werden. Wer den Sumpf trockenlegen will, darf aber nicht die Frösche fragen – in diesem Fall den Betreiber der Braunkohlekraftwerke. Es wird noch zahlreiche Initiativen vor Ort geben, die den Plan in Frage stellen“, so die LINKE Verbandsrätin **Kathrin Kagelmann**, die auch das Aktionsbündnis „Strukturwandel jetzt – Kein Nochten II“ unterstützt. Die Regierung im Heimatland des Energiekonzerns verweist indes auf die Entscheidungshoheit Deutschlands und damit jegliche Verantwortung von sich. Schwedens Grüne hatten das Thema dort auf die Tagesordnung gesetzt. Damit rückt Sachsens Innenministerium als oberste Planungsbehörde weiter in den Fokus, denn hier wird der sogenannte Braunkohleplan genehmigt. Würde Ulbig seine Zustim-

mung versagen, bliebe knapp 1.600 Menschen Haus, Hof und Heimat erhalten. Und Sachsen erhielte die Chance, endlich seine Energie-, Innovations- und Technologiepolitik zu ändern, meint der Fraktionschef der LINKEN, **Rico Gebhardt**: „Bergbau ist gut, wenn er zur Innovation führt. Leider trägt die Braunkohlepolitik der sächsischen Staatsregierung nicht zur Innovation bei, technologisch sowieso nicht, und nachhaltig ist sie auch nicht. Stattdessen muss jetzt der politische Druck für Innovation in Speichertechnologien für erneuerbare Energien erhöht werden – das sind wir dem Klima auf der Welt und der Landschaft in der Lausitz schuldig. Und das geht nicht mehr langfristig mit Braunkohle!“ MdL **Heiko Kosel**, LINKER und Sorbe, räumte in seiner Rede mit der Mär auf, dass „einfach nur Dör-

fer umgesetzt werden.“ Schon im letzten Jahr waren im betroffenen Gebiet mehr als 35.000 ha für die zivile Nutzung gesperrt, wurde sächsisch-sorbisches Siedlungsgebiet zur Sperrzone erklärt, was nicht nur Neuansiedlungen ausschließt, sondern die Lebensqualität nachhaltig beeinträchtigt. Hierin sieht Kosel auch die Verfassung verletzt, die den Schutz des sorbischen Siedlungsgebiets garantiert. Nicht zuletzt deshalb nimmt der LINKE Experte für Minderheitenrechte Stanislaw Tilič in die Pflicht: „Ich erwarte vom Ministerpräsidenten, dass er endlich seine sorbische Sensibilität erkennen lässt.“ DIE LINKE fordert: Keine Abaggerung weiterer Dörfer im sorbischen Siedlungsgebiet – keine Weiterführung der Tagebaue Welzow-Süd und Nochten!



MdL Heiko Kosel (li.)
protestiert gegen den
Tagebaueuaufschluss
Nochten II

© Marion Junge

Den Pflegenotstand abwenden!

Etwa 300 Männer und Frauen hatten sich am 17. Oktober vorm Landtag versammelt – eine vergleichsweise kleine Abordnung der vielen in der Pflege Beschäftigten im Freistaat. Lautstark forderten sie bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung. „Parole: Kohle!“ so nur einer ihrer Rufe, gerichtet ins Innere des Hauses, wo fast zeitgleich kontrovers und auf Antrag von SPD und LINKEN über das Pflegewesen in Sachsen diskutiert wurde. DIE LINKE warnt schon lange vor einem Pflegenotstand, dessen Vorboten die Demonstrierenden u.a. mit der immer knapper werdenden Zeit für die ihnen anvertrauten Menschen zu spüren bekommen. Die Staatsregierung indes hält das für Panikmache und ihre jüngste Initiative „Pro Pflege Sachsen“ für ausreichend.

Die Gesundheitsexpertin der LINKEN, **Kerstin Lauterbach**, appellierte an die Koalition, sich den Forderungen des Aktionsbündnisses „Pflege braucht Zukunft“ anzuschließen, nach denen es mehr Angebote zur Entlastung von Angehörigen, ein Pflegezeitgesetz mit verbesserten Ansprüchen für Pflegenden, höhere Entgelte für ambulante Pflegeleistungen, mehr Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und weniger Bürokratie im Pflegealltag geben muss. „Wir brauchen eine tiefgründige Pflegebedarfsplanung und darauf aufbauend ein umfassendes



Landespflegegesetz. Was wir nicht brauchen, ist eine verpflichtende private Zusatzversicherung wie den Pflege-Bahr! Mit einer solidarischen Bürgerversicherung ließe sich die Pflegeversicherung auf solide finanzielle Fundamente stellen“, so Lauterbach.

Zu den weiteren Forderungen der LINKEN gehören die Schaffung wohnortnaher Angebotsformen und Unterstützungsangebote, wie

ambulant betreute Wohnformen und vor allem auch die Sicherung des Berufsnachwuchses und eine gerechte Bezahlung, Vollbeschäftigung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflegenden: „Pflegekräfte in Sachsen sind längst nicht nur fest angestellt. Oft arbeiten sie in Leiharbeit oder mit einem Werkvertrag. Damit werden die ohnehin schon niedrigen Löhne der angestellten Fachkräfte weiter gedrückt“, prangert Lauterbach

an: „Die Reform der Pflege wird deutschlandweit in den nächsten Jahren ein zentrales Reformthema sein, deshalb fordern wir von Sachsens Staatsregierung, dass sie erstens, den Berufsnachwuchs durch gute Arbeit und gutes Geld sichert, zweitens noch in dieser Wahlperiode die Pflegebedarfsplanung und ein Landespflegegesetz in Angriff nimmt und drittens in Berlin auf einen Pflegebedürftigkeitsbegriff dringt.“

LINKE fordert: Schulen per Gesetz erhalten!

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf zur Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und Bildung im Ländlichen Raum erarbeitet, der im Oktober-Plenum zur ersten Lesung auf der Tagesordnung stand und von **Dr. André Hahn** begründet wurde. Nachfolgend die Kernbotschaft der Einbringungsrede:

„Die Staatsminister Kurth und Kupfer versprochen am 20. September, der Öffentlichkeit ein Maßnahmenkonzept vorzustellen, mit dem Schulen im ländlichen Raum erhalten werden können. Zur Begründung hieß es: ‚Weitere Schließungen von Schulen können nicht mehr die Antwort auf sinkende Schülerzahlen im Ländlichen Raum sein.‘ Wer nun jedoch konkrete Maßnahmen erwartet hatte, sah sich getäuscht. Die dafür erforderliche Schulgesetznovelle wurde erst für den Beginn der kommenden Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Frühestens zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 könnten Schulen im ländlichen Raum also mit einer rechtsverbindlichen Regelung rechnen. Bis dahin soll ein Moratorium für Mitwirkungsentscheidungen gelten. Ob dieses Morato-

rium bei gerichtlichen Entscheidungen Bestand haben wird, steht in den Sternen. Deshalb plädieren wir für eine gesetzliche Regelung, die schnellstmöglich wirklich Rechtssicherheit schafft. Danach soll den Schulträgern ermöglicht werden, an Grundschulen Klassen mit einer Mindestzahl von zehn Schülerinnen und Schülern sowie an weiterführenden Schulen mit 15 Schülerinnen und Schülern bilden zu können, einzügige Mittelschulen und zweizügige Gymnasien zu führen sowie Schulverbünde zu bilden, um auf diese Weise gemeinsam auch schulstandort- und schulartüberschreitend Schulen einzurichten bzw. deren Fortbestand zu sichern.

Unsere Schulgesetznovelle greift z.T. Forderungen auf, die die Opposition schon seit Jahren erhebt. Ich erinnere auch an den Volksantrag `Zukunft braucht Schule` von 2002. Er scheiterte damals nur knapp an der für ein Volksbegehren nötigen Zahl von Unterschriften und war von der CDU heftig bekämpft worden. Zehn Jahre und etliche weitere Schulschließungen hat es gebraucht, um das Kultusministerium wenigstens dazu zu brin-

gen, darüber nachzudenken, wie die Schließung weiterer Schulen verhindert werden kann. Wir können den unverbindlichen Ankündigungen der Kultusministerin jedoch nicht trauen. Schon einmal war von einem Kultusminister versprochen worden, dass keine Schulen mehr geschlos-

sen werden würden. Das war 2007, und der Minister hieß Steffen Flath. Nach 1990 sind hierzulande mehr als 1.000 Schulen geschlossen worden. Es ist höchste Zeit, dass das Schulsterben in Sachsen endlich aufhört. Dem dient unser Gesetzentwurf.“



„Bildungs- und Teilhabepaket“ als Rohrkrepiierer

2012 hatte die Linksfraktion per Antrag die Sicherung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets gefordert. Das Land hätte also viel Zeit gehabt, in diesem Sinne tätig zu werden. Geschehen ist nichts und so droht heute landesweit vielen Fachkräften, die zwei Jahre Schulsozialarbeit geleistet haben, die Entlassung. Sachsen hat die Finanzierung der Weiterbeschäftigung nach dem Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepakets verschlafen.

Deshalb holte DIE LINKE das Thema im Oktober erneut ins Plenum und forderte die Koalition auf, aus ihrer Handlungsstarre zu erwachen und sich für die Ausweitung und Aufstockung der Schulsozialarbeit einzusetzen. **Heike Werner**, LINKE-Sprecherin für Familienpolitik, begründete den Antrag und die Dringlichkeit einer objektiven Evaluation des Bildungs- und Teilhabepakets: „Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass in unserem reichen Land Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien nicht die gleichen Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten haben wie andere Kinder. Gerade mit dem Teilhabepaket aber wollte die Bundesregierung Kinder und Jugendliche aus dem Teufelskreis vererbter Chancenarmut heraus-

len. Enorme Summen sind in diesem Zusammenhang geflossen, viel zu selten kamen sie konkret denen zugute, für die sie gedacht waren.“

Die Schulsozialarbeit und das Mittagessen im Hort als Teil des Bildungs- und Teilhabepakets wurden an die Kommunen übertragen, die Fachaufsicht und Weisungspflicht aber verblieb beim Land. „Aus unserer Sicht wurde das Bildungs- und Teilhabepaket im Bereich der Schulsozialarbeit missbraucht. Es war der Staatsregierung vermutlich ganz recht, dass dafür zusätzliche Bundesmittel kamen - immerhin knapp 90 Millionen Euro in den letzten drei Jahren. Damit hat sich die Staatsregierung zwei Jahre kommunalen Frieden erschlichen. Und jetzt, wo das Bundespaket ausläuft, stehen Betroffene wie Nutznießer vor dem Nichts“, so Werner.

Auch bei der Lernförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hat Sachsen gefuscht. Nur dann, wenn Kinder versetzungsge-



fährdet sind, greift es überhaupt - und dann auch nur für kurze Zeit. Andere Länder machen es besser. In Nordrhein-Westfalen bspw. erhalten auch Schüler/innen, die nicht versetzungsgefährdet sind, Zugang zur Lernförderung. Zudem wird die Erreichung eines höheren Bildungsniveaus explizit gefördert, zeitliche Einschränkung gibt es indes nicht.

Der Hahn fliegt nach Berlin

Am 17. Oktober stand Dr. André Hahn im Sächsischen Landtag zum letzten Mal am Rednerpult. Der langjährige Abgeordnete der LINKEN wurde in den Deutschen Bundestag gewählt und verabschiedete sich von politischen Weggefährten und Mitbewerbern mit einem freundlich-launigen Rückblick auf seine bewegten Dresdner Jahre.

Seit 1994 war der Mann aus dem Kurort Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) Mitglied der linken Fraktion, wechselte mit ihr Namen und Funktion. Hahn war bildungs-, sport- und innenpolitischer Sprecher, zwölf Jahre führte er die Fraktion als Parlamentarischer Geschäftsführer, fünf Jahre war er ihr Vorsitzender. Aus der PDS wurde DIE LINKE

und Hahns Redekonto wuchs auf 850 an. In vier Untersuchungsaus-

schüssen wirkte der 50-Jährige mit, ebenso in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Als Torschützenkönig wird der Stürmer dem FC Landtag fehlen, vielleicht auch als „Wadenbeißer“ im Parlament.



Anfang 1991 war Hahn als wissenschaftlicher Mitarbeiter der damaligen Fraktion LINKE Liste/PDS aus Berlin nach Sachsen gekommen. 22 Jahre später kehrt er als gestandener Politiker in die Bundeshauptstadt zurück. In Hahns erster Landtagsrede ging es um Bildung - in seiner letzten brachte er den Gesetzentwurf seiner Fraktion zum Erhalt ländlicher Schulstandorte ein. Gewürzt mit persönlich-versöhnlichen Bemerkungen zum Abschied. Der Lohn: Beifall von allen (demokratischen) Seiten! Wir wünschen unserem Hahn alles Gute!



Plenarspiegel Oktober 2013

Am 16. und 17. Oktober 2013 fand die 84. und 85. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

„Genehmigung für Braunkohlepläne versagen - Aktualisierung des Energie- und Klimaprogramms“

Gesetzentwürfe:

- „Gesetz zur Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und Bildung im Ländlichen Raum - Sächsisches Schulstandortsicherungsgesetz“ (Drs 5/12794)

Anträge:

- „Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und guter Bildung im Ländlichen Raum - **Moratorium gegen Schulschließungen** jetzt!“ (Drs 5/12798)

- „Inanspruchnahme von im Zusammenhang mit dem **Bildungs- und Teilhabepaket für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche** bereitgestellten Mitteln des Bundes für die Schulsozialarbeit und für das Mittagessen im Hort“ (Drs 5/8748)

- „Genehmigung für **Braunkohlepläne versagen** - Aktualisierung des Energie- und Klimaprogramms“ (Drs 5/11753)

- „Evaluierung der Tätigkeit und der **Aufgabenerledigung des Kommunalen Sozialverbandes (KSV)** des Freistaates Sachsen“ (Drs 5/12091)

- „Maßnahmen zur **Abwendung des drohenden Pflegenotstandes** in Sachsen“ (Drs 5/5860)

Entschließungsantrag

- Drs 5/12937 zum Thema: „Kulturelle Bildung im Freistaat Sachsen“ (Große Anfrage CDU/FDP in Drs 5/11356)

In den Berichten der Ausschüsse (*Sammeldrucksache 5/12884*) waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

- „**Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Schulesen** auf sieben Prozent“ (Drs 5/2177)

- „Sächsische Unterbringungsverordnung ändern - **Schülerinnen und Schüler mit Abitur bei Kosten für notwendige auswärtige Unterbringung unterstützen**“ (Drs 5/11598)

- „**Unbürokratischen Hochwasser-Schutzschirm für Bürger, Unternehmen und Kommunen** zügig einrichten - umfassenden Hochwasserfolgen- und Ursachenanalysebericht 2013 vorlegen!“ (Drs 5/12134)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Was schafft Bildungsarmut in Sachsen?

Mitte Oktober 2013 hatte die Fraktion DIE LINKE zur 7. Armutskonferenz nach Leipzig eingeladen. Thematisiert wurde diesmal der Zusammenhang von Armut und Bildung in Sachsen. Die Basis für die Konferenz lieferte eine Große Anfrage (GA) an die Staatsregierung, die darauf gerichtet war, den Zusammenhang der Bereiche der frühkindlichen, vorschulischen und schulischen Bildung für den Freistaat genauer festzustellen. In Auswertung der GA wurde erneut klar, dass auch in Sachsen die Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern vom Einkommen ihrer Eltern bzw. von deren sozialem Status abhängen, auch wenn konkrete wissenschaftliche Studien dazu bislang fehlen. Die Staatsregierung hat den umfangreichen Fragenkatalog der LINKEN leider nur dergestalt „abgearbeitet“, als dass sie mehr als 400 Seiten Anlagen aneinanderreichte, auf den Kern des Problems aber nicht mal ansatzweise eingegan-



gen ist. „Diese Ignoranz führt dazu, dass das Problem umso größer wird, je länger es unbeachtet bleibt. Außerdem sind wir sicher, dass Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn eine zielgerichtete Gegensteuerung mit Hilfe der immer wieder zu durchlaufen-

den logischen Abfolge von Analyse, Problembeschreibung, Auswahl und Umsetzung erfolgversprechender Interventionen sowie Ergebniskontrolle erfolgt“, so **Dr. Dietmar Pellmann**, Sozialpolitiker der Fraktion und Initiator der GA. In diesem Sinne wurden wesentliche Aussagen der Großen Anfrage

in übersichtlicher Form in einer Broschüre zusammengestellt. Die Broschüre „**Chancengleichheit für sächsische Kinder bei zunehmender sozialer Ungleichheit?**“ steht unter www.linksfraktion-sachsen.de (Publikationen, Broschüren) kostenlos zum Download oder zur Bestellung bereit.

„Löscheneinsatz“ im Landtag

Florian ist neun und macht seinem Namen alle Ehre: als jüngstes Mitglied der Jugendfeuerwehr Obergurig. Dort unterhalten die Randbautzner sogar ihr eigenes Jugendfeuerwehrhaus und bringen sich rege ins gesellschaftliche Leben ein. Im letzten Jahr sorgten sie u.a. mit einer Sammelaktion für Sport- und Spielsachen mit dafür, dass die Weihnachtsfeier für Spätaussiedlerkinder und Kinder der Bautzener Tafel ein voller Erfolg wurde. Das Fest war vom Europaklub International und MdL **Heiko Kosel** (DIE LINKE) auf die Beine gestellt worden. Letzterer hat sich nun revanchiert und die Jugendfloriane samt ihrer Gemeinde- und Kreisjugendfeuerwehrwarte Christian Schletze und Andreas Berthold nach Dresden eingeladen.

Ende Oktober erkundeten die neun- bis sechzehnjährigen Jungen und Mädchen also die Landeshauptstadt und besichtigten den Landtag. Hier konnten sich die Gäste über die Arbeit des Parlaments informieren und ihrerseits über die Lage der Feuerwehren auf dem Lande informieren. Heiko Kosel erfuhr, dass vieles von dem, was Sachsen unter dem Etikett der Förderung von Jugendfeuerwehren preist, dort gar nicht ankommt, und hat dazu eine Anfrage in den parlamentarischen Geschäftsgang eingebracht. „Die Förderung der Jugendfeuerwehren ist ungemein wichtig. Gerade wir als LINKE müssen die Jugendfeuerwehren mehr unterstützen, auch um sie nicht – wie bei einigen Sportvereinen geschehen – der NPD zu überlassen“, so Kosel.



Foto: efa



An der großen Staumauer am Drei-Schluchten-Staudamm am Yangtse – Dr. Jana Pinka auf Dienstreise in China.

Blick über den Tellerrand: Jana Pinka in China

Gemeinsam mit Umweltminister Kupfer und Vertretern sächsischer Unternehmen besuchte **Dr. Jana Pinka** kürzlich die Volksrepublik China. Während es den Unternehmensvertretern vorrangig um Aufbau und Weiterentwicklung von Geschäftskontakten ging, nutzte die Umwelt- und Technologieexpertin der Linksfraktion die siebentägige Reise, um sich ein realistisches Bild von den Herausforderungen des Landes in Sachen Abwassertechnik, Abfallbehandlung und erneuerbare Energien zu machen. Schwerpunktregion der Reise war mit Hubei die Partnerprovinz Sachsens. Von der 1,3 Mio.-Stadt Yichang, einem Zentrum für Chemie- und metallverarbeitende Industrie, ging es u.a. zum Yangtse-Fluss mit seinen Talsperren Gezhouba und Sanxia („Drei-Schluchten-Damm“). Aufgrund der touristischen Bedeutung ist diese Region für eine Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt

besonders interessant. In Hubei nahm die Delegation zudem eine in Sachsen konzipierte Kläranlage in Betrieb, in Wuhan wurde ein Kontaktbüro eröffnet. *Mehr dazu in der Dezember-Ausgabe des Parlamentsreports!*

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag